



TRAS Trinationaler Atomschutzverband
ATPN Association Trinationale
de Protection Nucléaire

Murbacherstrasse 34,
CH-4056 Basel
Schweiz/Suisse
Sekretariat +41 (0)78 621 79 95
www.atomschutzverband.ch

Basel (CH)/Freiburg (D)/Albé (F), 06.04.2017

TRAS verurteilt Wortbruch durch Electricité de France und französische Regierung

Der Trinationale Atomschutzverband (TRAS) verurteilt den menschenverachtenden Beschluss der Electricité de France, den Schliessungsantrag für das Kernkraftwerk Fessenheim auf unbestimmte Zeit zu verzögern. Das Festhalten an der veralteten und gefährlichen Atomtechnik gefährdet Tausende von Menschenleben in Frankreich, Deutschland und in der Schweiz. TRAS wird neue rechtliche Schritte gegen die Betreiber einleiten, genauso wie die Vereinigung auch in der Schweiz gegen das AKW Beznau vorgeht. Die Anlage in Fessenheim genügt dem Stand der Technik in keiner Weise und die Standortrisiken (Dammbruch, Erdbeben, ungenügende Notkühlung) sind nirgends sonst so hoch wie hier am Rhein.

Nach Jahren der Hinhaltepolitik nimmt der Trinationale Atomschutzverband (TRAS) mit Enttäuschung und Abscheu davon Kenntnis, dass sich EDF nicht an die früheren Zusicherungen hält, jetzt einen verbindlichen Antrag auf Schliessung von Fessenheim an die Regierung zu verabschieden, der die definitive Schliessung der Anlage eingeleitet hätte. Die Enttäuschung ist eine doppelte:

- Die amtierende französische Regierung erweist sich entgegen allen Absichtserklärungen als unfähig, noch vor Ende ihrer Amtszeit, eine rechtswirksame Schliessungsverfügung zu verabschieden.
- Die Electricité de France beweist, dass sie trotz riesigen Verlusten weiterhin an einer maroden Technik festhalten will, die Millionen Menschenleben völlig unnötig in Gefahr bringt.

Das Hin und Her um die Schliessung von Fessenheim verlängert sich auf unbestimmte Zeit. Es ist heute keineswegs klar, wann und ob überhaupt der Reaktor von Flamanville in Betrieb gehen wird. Nun bestätigt selbst die französische Umweltministerin Ségolène Royal am Fernsehen, dass Fessenheim **den heutigen Sicherheitsnormen nicht entspricht**. Angesichts dieses Eingeständnisses der Regierung ist es nicht nachvollziehbar, dass mit einem verbindlichen Schliessungstermin weiterhin zugewartet wird.

Die Amtszeit von François Hollande geht damit zu Ende, ohne dass der Präsident in der Lage war, sich gegenüber einem Staatsunternehmen durchzusetzen. Die EDF ist offensichtlich stärker als die Regierung. Diese steht aber in der Verantwortung, sollte es in einem der 58 Atomreaktoren zu einem Unfall kommen. Die Bevölkerung wird die Folgen zu tragen haben.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird von der französischen Atomlobby seit Jahren derart klein gehalten, dass der Atomenergie kaum Konkurrenz erwächst. Ein Land wie Frankreich, das punkto Sonne und Wind besser ausgestattet ist als die meisten seiner Nachbarländer, erweist sich als politisch unfähig, sich von einer veralteten und teuren Hochrisikotechnik zu befreien. Die wachsende Gefahr, die von den veralteten französischen Atomanlagen ausgeht, gefährdet nicht nur die französische Bevölkerung, sondern auch jene der Nachbarländer.

TRAS hat bereits eine Vielzahl von Sicherheitsberichten der EDF analysiert. TRAS wird in den kommenden Wochen zusammen mit der Anwältin, Frau Corinne Lepage, Auskünfte und Beweise über den Stand der Nachrüstungen von Fessenheim einholen. Wenn die Sicherheit von Fessenheim nicht gewährleistet ist, verlangt TRAS, dass die Aufsichtsbehörde Fessenheim unverzüglich ausser Betrieb nimmt. TRAS wird, die Aufsichtsbehörde ASN auf gerichtlichem Wege dazu anhalten, die geltenden Sicherheitsvorschriften durchzusetzen.

Rückfragen:

Prof. Dr. Jürg Stöcklin, +41 79 817 57 33

Dr. Rudolf Rechsteiner +41 79 785 71 82